Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **SV** — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh und kostet monatlich a) durch die Post und unsere Boten 1,75 G.-M. zuzügl. Bestellgeld; b) in unserer Geschäftsstelle abgeholt 1,75 G.-M. Einzelpreis 10 G.-Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie jeder Briefträger entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. :: Geschäftsstellen Frankfurterstr. 16 und Bahnhofstr. 3. — Fernruf 2. Postscheckkonto Köln 10 158

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe in der 35 Millimeter breiten Spalte im Ortsverkehr 8 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennige;; Reklamen 1 Millimeter Höhe in der 75 Millimeter breiten Text-Spalte 40 Goldpfennige. Auslandsanzeigen: Valutaaufschlag. Bei Auskunftund Offertenannahme und Weiterbeförderung entsprechende Zuschläge. Anzeigen Rechnungen sind innerhalb 8 Tagen zahlbar, andernfalls Zinszuschläge in Höhe der Bankzinsen. . . .

Nr. 279 — **Olpe, Freitag, den 28. November 1924** — **84. Jahrg.**

Kommunismus, Religion und Kirchen.

Von Abgeordneten **Andre**-Stuttgart.

„An ihren Früchten soll ihr sie erkennen."

Am 7. November 1917 eroberten die Bolschewisten in Petersburg die politische Macht. Ihr Streben ging sofort darauf aus, diese Macht fest zu verankern. Vor allem galt es, die Bauernmassen zu gewinnen. In Rücksicht darauf wurde vom zweiten Allrussischen Kongreß der Sowjet-Bauern und Soldatendeputierten in einer Nachtsitzung vom 8. November 1917 das Dekret über den Landbesitz erlassen. Das letztere hob nicht nur das Eigentumsrecht der Gutsbesitzer und der Apanagenverwaltungen, sondern auch jenes der **Klöster und Kirchen** im Lande ohne **jegliches Entgelt** auf. Es wurde ein Revolutionstribunal errichtet, das die Aufgabe hatte, alle Personen abzuurteilen, die zum Widerstand gegen die Sowjetregierung auffordern sollten. Die Volksarmee wurde ins Leben gerufen, die die Aufgabe hatte, die Diktatur der Bolschewisten sicher zu stellen. Am 5. Januar 1918 wurde die konstituierende Versammlung (Parlament) zusammenberufen, aber zugleich von den Matrosen der Sowjetregierung auseinandergetrieben, weil die Regierung darin keine Mehrheit hatte. Durch Dekret vom 6. Januar, das am 9. Januar veröffentlicht wurde, wurde die konstituierende Nationalversammlung nachträglich aufgehoben. Seitdem herrscht im wesentlichen die **Diktatur**. Diese letztere leistete sich **schwere Eingriffe auf kirchlichem Gebiet.** Am 18. Januar 1917 wurde im Bereich der russischen Sowjetrepublik die **Zivilehe** eingeführt und nur noch diese für die Zukunft gestattet. Kirchliche Trauungen wurden nebenbei jedoch noch zugelassen. Den Pfarrämtern wurde das Recht genommen, die Eintragungen über die Ehen und Geburten zu machen.

Am 19. Dezember 1917 wurde ein Dekret veröffentlicht, das die **Ehescheidungen** nach den neuen Grundlagen regelte. Danach kann die Ehe auf das Gesuch beider Ehegatten getrennt werden. Die Trennung ist von einem lokalen Gericht auszusprechen. Bei beiderseitigem Einverständnis genügt die Meldung an die „Abteilung für Eintragung der Ehen und Geburten". Die letztere bucht diese Meldung im Registerbuch und stellt ein entsprechendes Dokument aus.

Am 23. Januar 1918 proklamierte der Sowjet der Volkskommissare ein Dekret, das die **Trennung der Kirche vom Staat** aussprach. Dieses Dekret ist von Lenin selbst gezeichnet. Es besteht aus 13 Bestimmungen. Die erste lautet dahin, daß die Kirche vom Staat **getrennt** wird. Die zweite Bestimmung verbietet örtliche Gesetze oder Verfügungen zu erlassen, die die **Gewissensfreiheit** einschränken oder irgendwelche Vorzüge oder Privilegen auf Grund des **konfessionellen Bekenntnisses** der Bürger schaffen. Nach der Ziffer 3 kann jeder Bürger sich zu einer beliebigen Religion bekennen. Die Ziff. 7 hebt den **religiösen Eid** auf u. setzt an dessen Stelle das feierliche Versprechen." Art. 9 setzt die Trennung der **Schule von der Kirche** fest und verbietet **jeden Religionsunterricht** in allen **staatlichen, kommunalen**, sowie in den **privaten** Lehranstalten, in denen allgemein bildende Fächer vorgetragen werden. Art. 10 setzt fest, daß die kirchlichen und religiösen Vereinigungen **keine** Vorteile und Unterstützungen vom Staat oder von örtlichen autonomen oder sich **selbst verwaltenden** Institutionen erhalten und sich den allgemeinen Bestimmungen über die **privaten** Vereine und Verbände unterzuordnen haben. Der Art. 11 verbietet jede **Zwangserhebung** von Abgaben oder Gebühren zu Gunsten der kirchlichen oder religiösen Vereinigungen, sowie jeden Zwang oder jede Strafe von seiten dieser Vereinigungen gegenüber ihren Mitgliedern. Der Art. 12 ist von besonders einschneidender Bedeutung, indem er festsetzt, daß die kirchlichen oder religiösen Vereinigungen **nicht** das Recht haben, **Eigentum** zu besitzen, sie genießen **nicht die Rechte** einer juristischen **Person**. Nach dem Art. 13 wird der gesamte Besitz der in Rußland bestehenden kirchlichen und religiösen **Vereinigungen zum Volkseigentum** erklärt. Die Gebäude und Gegenstände, die speziell für gottesdienstliche Zwecke bestimmt sind, werden laut besonderer Bestimmungen der örtlichen oder der zentralen Staatsgewalt zur **kostenlosen** Nutzung der entsprechenden religiösen Vereinigung übergeben.

In einer Ergänzung des Art. 9 ist ein Dekret erlassen worden, nach welchem die **Aemter der Religionslehrer** aller Konfessionen vom 1. Januar 1918 mit rückwirkender Kraft für **aufgehoben** erklärt werden. Im einem am 21. Februar erlassenen Dekret erinnert der Volkskommissar Lunatscharsky nochmals an das **Dekret** vom 21. Januar, wonach jeder Religionsunterricht und alle religiösen Gebräuche innerhalb der Schulwände unzulässig sind. Jedes Gebet wurde damit aus der Schule verbannt.

Aus diesem Vorgehen der Sowjet-Regierung ergibt sich, daß sie bewußt und gewollt die religiösen Grundlagen des russischen Volkskörpers erschüttern und beseitigen wollte. Den Kirchen wurde das gesamte Eigentum genommen, die Schule wurde entchristlicht, den Kirchen wurde auch das Recht genommen neuen Besitz erwerben zu dürfen, die Rechte einer juristischen Person wurden den kirchlichen Einrichtungen **verweigert.** Damit hat sich der russische Kommunismus als eine durch und durch **religionsfeindliche Bewegung** erwiesen. Erwähnt sei noch, daß die russisch-griechische Staatskirche einen großen Landbesitz ihr Eigen nannte und daß sie ihr gesamtes mobiles Vermögen, die Kapitalien, die Kostbarkeiten und den Gebäudebesitz verloren hat. Es ist dadurch die griechisch-russische Kirche in ihrem Lebensnerv getroffen worden.

Die Folgerungen ergeben sich für **Deutschland** ganz von selbst. Der Kommunismus ist **religiös unduldsam** bis aufs äußerste. Er ist nicht nur **kirchen**- sondern direkt **religionsfeindlich** und er geht dort, wo er die **Macht hat, mit rücksichtsloser Brutalität gegen die** Kirchen **wie gegen die** Religion selbst und ihre Diener, wie gegen die christliche Jugenderziehung vor. Da die deutschen **Kommunisten keine** eigene Meinung haben und nur den Befehlen der Sowjet-Diktatoren folgen und da ihre religiöse Grundeinstellung eine absolut kirchenfeindliche ist, so wäre mit **Bestimmtheit** zu erwarten, daß wenn sie bei uns den Staat in die Hand bekommen würden, sie mit denselben Methoden gegen die Kirchen in Deutschland vorgehen würden, wie sie es in Rußland taten. Hieraus ergibt sich, daß wer für die Erhaltung eines **christlichen Deutschland** ist, **niemals kommunistisch wählen kann.** Das muß insbesondere auch den katholischen Arbeitern gesagt werden, die noch mit einem Fuß auf dem Boden der Religion und mit dem anderen im kommunistischen Lager stehen, der Kommunist ist für die deutschen Verhältnisse wirtschaftlich nicht möglich, und trägt geistig und seelisch zur Verarmung des Volkes bei. Er ist durch und durch religionsfeindlich und deshalb ist er abzulehnen.

Landbund und Katholizismus.

Die Deutschnationalen und die Landbundleute sind Kinder ein und desselben Geistes. Ebenso wie die Deutschnationalen fordert der Reichslandbund unter der Parole Schwarz-weiß-rot „eine deutschbewußte Mehrheit als sichere Grundlage einer deutschbewußten Regierung." Diese Wendung enthält eine dreiste Verdächtigung der Regierung Marx-Stresemann als nicht „deutschbewußt". Wenn man den Bauernbund aber vollständig kennen lernen will, muß man in jene ostelbischen Bezirke gehen, die er als seine eigentlichen Stammlande betrachten darf.

Im Pommerschen Landbund (Nr. 44 vom 1. November) stand ein lange, mit Angriffen auch besonders auf das Zentrum gespickte Wahlkundgebung, in der es z. B. heißt:

„Für das Zentrum, welches bei uns in Pommern nur eine kleine Zahl von Wählern besitzt, wird die Entscheidung fallen, ob es eine nationale, die rein deutschen Interessen in den Vordergrund schiebende Partei werden (!), oder ob es sich zu einer internationalen Partei entwickeln will, die die Interessen des Katholizismus denen des deutschen Volkes voranstellt. — Preußen und das Deutsche Reich unter den Hohenzollern waren die protestantische, die evangelische Vormacht, **wodurch die Gewähr der Unabhängigkeit des deutschen Volkes vom Papste in Romen gegeben war** und worin in der Behauptung des deutschen Nationalstaates eine wesentliche Kraft bestand. Der Sturz der Hohenzollern hat diese Kraft stark geschwächt und die Hoffnung des internationalen Katholizismus auf neues Vordringen in deutschen evangelischen Landen neu angeregt."

Das wird den Landbund freilich nicht abhalten, in anderem Gewande in katholischen Gegenden auf den Bauernfang auszugehen. Sehr bezeichnend ist auch ein anderer Satz: „Jetzt ist es Zeit, . . . in Preußens Regierung wieder Männer zu bringen, die gewillt sind, diejenigen Kräfte wieder zur Geltung zu bringen, durch welche sich Preußen großgearbeitet und großgehungert hat." Wer da weiß, wie das konservative Regiment in Preußen ausgesehen hat, wie es insbesondere die Katholiken planmäßig zurückgedrängt hat, und wer die Sehnsucht der Deutschnationalen, die alte Position der konservativen Brokratie, Partei- und Kastenherrschaft in Preußen zurückzuerobern, auch bei den Krisen dieses Jahres wieder beobachtet hat, der muß schon über einen mehr als polizeiwidrigen Mangel an Einsicht verfügen, wenn er den Leuten die Stimme gibt, die jetzt wieder zur Macht drängen, mögen sie nun im „katholischen", im „evangelischen", „völkischen" oder „landbündlerischen" Gewande Bauernfang treiben!

Sechs Jahre deutschnationaler Wandlungen.

Im Dezember 1918 schrieben die Deutschnationalen in ihren „Richtlinien für politische Arbeit":

„Die gegebene Verfassung für den deutschen Staat ist nunmehr die **parlamentarische Regierungsform**, getragen vom Vertrauen der Mehrheit seiner Bürger und ruhend auf dem gleichen Wahlrecht."

In einem ihrer **vielen Wahlaufrufe** zur bevorstehenden Wahl heißt es:

„Die vergangenen Monate haben genügt, den Parlamentarismus dessen Unfruchtbarkeit wir vorausagten, als Unmöglichkeit zu erweisen. Mit Ekel wendet sich das deutsche Volk, das Ruhe zu eigener Arbeit verlangt und sachliche **Arbeit von seiner Regierung**, von einem System ab, das von der Demokratie auf Geheiß der Feinde eingeführt und von allen Erfüllungspolitikern zum Unglück des deutschen Volkes durchgeführt ist."

Ja, ja, hat sich was mit den deutschnationalen Voraussagen. Man braucht nur die zwei Zitate zu vergleichen. Und waren die Deutschnationalen 1918 **auch auf Geheiß der Feinde** für die Demokratie? oder warum? Doch wir wollen nicht kommentieren. Jedes weitere Wort würde nur abschwächen.

Wie steht es um die Preußische Forstverwaltung.

Aus der neuesten Entwicklung der Verwaltung der preußischen Forsten, die — vom Landwirtschaftsministerium verwaltet — eine der wertvollen Reserven der preußischen Finanzwirtschaft bilden, teilt der Amtliche Preußische Pressedienst einige wissenswerte Einzelheiten mit:

Bei der finanziellen wirtschaftlichen Notlage des Staates am Ende des Weltkrieges erwies sich als notwendig, die Produktion der Staatsforsten an Holz und Geld nach Möglichkeit zu erhöhen, ohne den bisherigen Grundsatz strengster Nachhaltigkeit der Wirtschaft anzupassen. Das konnte nur durch eine Aenderung der bisherigen vielfach allzu konservativen Wirtschaftsgrundsätze erreicht werden. Da die zu diesem Zweck erlassenen verfeinerten Forsteinrichtungsvorschriften ein **geschultes Taxationspersonal** erforderten, wurden drei **„Forsteinrichtungsanstalten"** — je eine in Cassel, Magdeburg und Berlin — errichtet. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt.

Neben der **Erhöhung des jährlichen Holzeinschlags** durch planmäßige Abnutzung vorhandener Vorratsreserven hat sich die Staatsforstverwaltung auch die **Erhöhung der Produktion des Waldbodens** durch Rückkehr zu natürlichen Bestandsformen (Dauerwald und Wirtschaftsmethoden) unter besonderer Berücksichtigung der Bodenpflege angelegen sein lassen. Hand in Hand damit ging die möglichst beschleunigte **Aufforstung** der durch die Kriegswirtschaft entstandenen **großen Kahlschlagflächen** in einem Umfange von ursprünglich 15 000 Hektar, sowie der Ankauf und die Aufforstung **von Oedländereien.** Hierzu lag umso dringendere Veranlassung vor, als wertvolle Waldgrundstücke im Umfange von etwa 10 000 Hektar zu landwirtschaftlichen und Siedlungszwecken abgetreten werden mußten.

Wenn es zur Hebung der Holzproduktion erforderlich war, die während des Krieges in großem Umfange ausgeübten waldschädlichen Nebennutzungen, vor allem die Waldwiese und die Streunutzung wieder auf ein erträgliches Maß einzuschränken, so war dafür die Forstverwaltung bestrebt, für diese der Bevölkerung entzogenen Nutzungen **Ersatz** zu schaffen und zwar durch Umwandlung von Brüchern in Wiesen und Weiden sowie durch Schaffung kulturfähigen Ackerlandes.

Die Staatsforstverwaltung hat sich die Förderung eines guten Einvernehmens mit ihren Arbeitern stets angelegen sein lassen. Diesem Zwecke dient insbesondere auch die zwischen der Staatsforstverwaltung, dem Deutschen Landarbeiterverband und dem Zentralverband der deutschen Landarbeiter gebildete **Arbeitsgemeinschaft.** Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Forstarbeiter sind durch einen besonderen **Tarifvertrag** geregelt; die Lohnsätze selbst werden in Anlehnung an die Löhne der Reichsbetriebsarbeiter festgestellt und ermöglichen einen auskömmlichen Verdienst. In den einzelnen Oberförstereien sind nach den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes Arbeitervertretungen gebildet worden. Die getroffenen Maßnahmen haben sich bewährt und wesentlich zur Erhaltung des Arbeitsfriedens und der Arbeitsfreudigkeit unter der Waldarbeiterschaft beigetragen.

Interessant ist weiter der Hinweis darauf, daß auf dem Gebiete des forstlichen Bildungswesens die Rektoratsverfassung an den beiden bisherigen **Forstakademien** Eberswalde und Hann. Münden durchgeführt ist. Mit der Rektoratsverfassung erhielten die Forstlichen Hochschulen das Recht auf Erteilung der Würde **eines Doktors der Forstwirtschaft.** Die Forstlichen Hochschulen sind nunmehr den Universitäten, den technischen, landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen gleichgestellt.

Niedriger hängen!

Die persönliche Hetze gegen den Reichskanzler **Marx** nimmt in den Kreisen der am Wahlsieg bereits verzweifelnden Parteien immer häßlichere Formen an. Die pommersche Tagespost, ein Organ der Deutschnationalen, scheint den Ruhm für sich in Anspruch nehmen zu wollen, auf dem Gebiet persönlicher Verunglimpfungen das Niedrigste und Ordinärste zu leisten. Sie äußert sich in einer ihrer letzten Nummern über Reichskanzler Marx folgendermaßen:

„Er ist als Rheinländer von Natur aus leichtsinnig und er ist sogar so leichtsinnig, daß er, trotzdem er nichts von Politik versteht, die Geschicke des deutschen Volkes zu leiten sich vermißt. Wenn ein solcher Mann das Vertrauen des Auslandes, sogar Frankreichs genießt, dann hat das deutsche Volk allen Grund, ihm zu mißtrauen. Geradezu köstlich aber ist die Bemerkung, daß ihn noch keine deutsche Zeitung angegriffen habe. Das mag stimmen, die deutsche Presse liebt es immer noch, nur bedeutende Personen anzugreifen. Marx aber wird überschattet von 2 Personen a dem Präsidenten, dessen Politik er mit seinem Namen deckt, und b) von Reichsaußenminister Stresemann. Marx selbst ist ein hilfloser Mann, der deswegen solange auf der Oberfläche schwimmt, weil ein solcher Reichskanzler am willfährigsten in den Händen des Reichspräsidenten ist."

Selbst der Vorwärts bemerkt dazu: „Eine deutschnationale Schamlosigkeit mehr — man wird mit Achselzucken darüber hinweggehen." Uns aber ist diese haßerfüllte Kampfesart zu gemein, als daß wir auch nur ein Wort als Kommentar dazufügten.

Kurze Berichte vom Tage.

General v. Nathusius traf in Saarbrücken ein und reiste nach Kassel weiter.

*

Dem dänischen Ministerpräsidenten Stauning (Sozialist) wurde mit 73 gegen 71 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

*

Staatssekretär Hughes hat ein Uebereinkommen mit der österreichischen Regierung abgeschlossen, welches die Ansprüche, die seit dem 31. Januar 1924 und dem Kriege entstanden sind, regelt.

*

Wie verlautet, beabsichtigt das Völkerbundssekretariat nicht, das Protesttelegramm der ägyptischen Regierung offiziell den Völkerbundstaaten mitzuteilen.

Der ehemalige Minister von Raumer ist als deutscher Sachverständiger für die Elektrizitätsindustrie bei den Handelsvertragsverhandlungen in Paris eingetroffen.

Arbeiterschutz in Preußen.

Gewerbeaufsicht. — Unfallverhütung in den Betrieben. — Sicherheitsmaßnahmen in den Bergwerken.

Ein Ausschnitt aus der sozialpolitischen Arbeit des Handelsministeriums.

Die Arbeit des Preußischen Handelsministeriums galt in den letzten Jahren ganz besonders dem Ausbau der

Gewerbeaufsicht.

Die Sorge um die Gesunderhaltung auch der kommenden Arbeiterorganisationen nötigte dazu, die Ausführung aller Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und Jugendliche streng zu überwachen. Insbesondere wurde der Fürsorge für schwangere Arbeiterinnen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Eine aus den Kreisen der Gewerbepflegerinnen stammende Frau wurde als Regierungsrätin in das Handelsministerium berufen; Anordnungen wurden getroffen zur genaueren Beachtung des **Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit in Bäckereien** und zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes. Die Arbeitsverhältnisse in Betrieben mit besonders gesundheitsgefährlichen Arbeiten wurden untersucht. Zwecks einheitlicher Handhabung der Ausnahmebestimmungen **über den Achtstundentag** wurden sämtliche von den Regierungspräsidenten und den Gewerbeaufsichtsbeamten auf diesem Gebiete erteilten Ausnahmebewilligungen im Ministerium einer Nachprüfung unterzogen. **Als** ein besonderer Erfolg für die Gewerbeaufsicht kann die Berufung von Arbeitern und Angestellten zu **Hilfsbeamten der Gewerbeaufsicht** gebucht werden. Es hat sich bestätigt, daß ihre praktischen Erfahrungen aus dem Berufsleben die Arbeit der technisch vorgebildeten Beamten wirkungsvoll ergänzen.

Neben der auch für die Dampfkesselbetriebe zuständigen staatlichen Gewerbeaufsicht sind in Preußen mit den besonderen sicherheitspolizeilich-technischen Ueberwachungen der Dampfkessel die von den Dampfkesselbesitzern gebildeten Dampfkesselüberwachungsvereine betraut. Den mehrfach gestellten Anträgen der bei

Kesselexplosionen

in erster Linie gefährdeten Heizer, ihnen eine Mitwirkung bei der Dampfkesselüberwachung zu gewähren, gab das Handelsministerium trotz heftigen Widerstandes der Dampfkesselbesitzer in maßvollen Grenzen statt. Es werden nunmehr in Uebereinstimmung mit dem Landtage Arbeitsausschüsse für Dampfkesselüberwachung zunächst bei den größeren Vereinen gebildet werden, in denen alle Beteiligten die für die Dampfkesselüberwachung wichtigen Fragen gemeinsam beraten und fördern sollen. Außerdem werden bei den Vereinen Betriebskontrolleure aus dem Heizerstand angestellt werden, welche die Ueberwachungsingenieure unterstützen und die Heizer beraten und unterweisen sollen. Diese Gemeinschaftsarbeit wird bei allseitigem guten Willen zur Beseitigung von Mißverständnissen und Reibungen zwischen den Kesselbesitzern und den Heizern beitragen und die Kesselüberwachung durch sachliche Arbeit fördern. Außerdem hat das Handelsministerium zur Festigung der Stellung der Ueberwachungsingenieure gegenüber den Vereinen eine wesentliche Verbesserung ihrer Angestelltenbedingungen herbeigeführt.

Eine besonders segensreiche Tätigkeit im Interesse der Gefahren- und Unfallverhütung im Bergbau hat das im Preußischen Handelsministerium im März 1922 gebildete

Grubensicherungsamt

aus, dem eine Grubensicherheitskommission als beratendes Organ zur Seite steht. Es hat das Sprengstoffwesen und die Schießarbeit neu geregelt. Für die Förderung und die Seilfahrt hat es wichtige Neuerungen angeordnet und zur **Vermeidung der schrecklichen Schlagwetterexplosionen** ist im westfälischen Steinkohlenbergbau die Einführung der elektrischen tragbaren Grubenlampen in Angriff genommen worden. Ein Wettbewerb auf einen Schlagwetteranzeiger ist ausgeschrieben und zur Bekämpfung des Kohlenstaubes das Gesteinstaubverfahren eingeführt worden. Durch die Einführung von Grubenwehren und Grubenrettungsstellen wird das Rettungswesen ausgebaut, und die Unfallverhütung soll durch spezielle Ausbildung der Bergarbeiter und durch die ständige Heranziehung der Betriebsvertretung zur Unfallverhütung vervollkommnet werden. Durch diese und zahlreiche andere noch beabsichtigte Maßnahmen hofft das Grubensicherheitsamt, die furchtbaren Gefahren des Bergarbeiterberufes soweit als irgend möglich zu verringern.

Jungdeutscher Orden und Stahlhelm in einer Zentrumsversammlung.

Der Germania wird aus Sangerhausen unter dem 20. 11. 1924 berichtet:

Am letzten Sonntag sprach Stadtv. Wirtz-Halberstadt in einer öffentlichen Versammlung der Sangerhausener Zentrumspartei. Der Jungdeutsche Orden und der Stahlhelm waren stark vertreten. Gleich zu Beginn seiner Ausführungen wurde der Redner durch lärmende Rufe dauernd unterbrochen. Die Schreier wurden unter dem lebhaften Beifall der Versammlung so übel abgefertigt, daß sie es bald doch für gescheiter hielten, sich anständig zu benehmen. Es muß besonders betont werden, daß der Redner mit keiner Silbe die sog. „Vaterländischen Verbände" angegriffen hatte, sondern lediglich die Politik der Deutschnationalen etwas kritisch beleuchtete. Da bekanntlich Jungdeutscher Orden und Stahlhelm parteipolitisch und religiös „neutral" sind, hielten sie es für ihre vaterländische Pflicht, die angegriffenen Deutschnationalen durch wüstes Geschrei zu verteidigen und die Zentrumspartei durch beleidigende — allerdings von keinerlei politischen Kenntnis getrübte — Zwischenrufe anzugreifen. Außerdem hatten sie schon vorher so finstere Gerüchte ausgestreut über fürchterliche „Abrechnung", die sie mit dem bei ihnen besonders beliebten Redner halten wollten. — — — Der erste Versuch war — wie gesagt — schmählich gescheitert. Um sie über diesen Schmerz hinwegzutrösten, wurde ihnen nach dem Vortrag völlige Redefreiheit zugesichert. Aber, o Schreck, den tapferen Schreiern war das bleiche Entsetzen in die Glieder gefahren, weder einer von den Jünglingen, noch einer von den älteren Jungdoleuten oder Stahlhelmern meldete sich zum Wort.

In dieser äußerst peinlichen Lage kam ihnen der Vorsitzende des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Ruschke aus Erfurt zu Hilfe. R. steht im radikalen deutschvölkischen Lager, wobei allerdings aus seinen Worten nicht festzustellen war, ob er von Dinterscher oder Ludendorffscher Observanz ist. Ruschke sprach — der Versammlungsleiter war großzügig — eine halbe Stunde, und zwar frei von Ludendorff in dem von uns geschätzten Stile des Evangelischen Bundes. Wem es bedauerlicherweise noch nicht bekannt war, der konnte jetzt von diesem biederen Hakenkreuzler erfahren, wer Schuld am verlorenen Kriege und seinen Folgen ist. Natürlich: Erzberger, Zentrum, Rom . . . . Wer sollte es auch sonst sein? Die Jungdo- und Stahlhelmleute atmeten bei diesen männlichen Worten ihres lieben Milchbruders vom Hakenkreuz sichtlich erleichtert auf. Und wenn so besonders saftige Kraftausdrücke gegen Rom und die „schwarze Internationale" kamen so wußten sie sich in heller Begeisterung gar nicht mehr zu fassen. Auch die anderen Lügen und Verleumdungen, die der Hakenkreuzler gegen den Reichskanzler Marx und andere Zentrumsführer vom Stapel ließ — das ist teutsche Wahrheitsliebe — fanden den ungeteilten Beifall von Jungdo- und Stahlhelm. Warum auch nicht? Sie sind ja parteipolitisch und — religiös neutral. . . . .

Darauf sprach der frühere Bürgermeister von Sangerhausen, ein — Sozialdemokrat. In sachlicher, aber geschickter Weise leuchtete er dem sonderbaren Wahrheitsfreund heim. Das wurde den Jünglingen und auch den Alten von Jungdo und Stahlhelm sehr unangenehm. Als ihre Zwischenrufe den Redner nicht verwirren konnten, verlangten sie schließlich, der Bürgermeister müsse schweigen. Sie könnten so was nicht hören. — Alsdann wurden die „Ganz-allein-Vaterländischen" nochmals zum Reden aufgefordert. Mäuschenstille . . .

So begann dann Stadtv. W. mit seinem Schlußwort. Das waren moralische Peitschenhiebe, die dem verleumderischen Hakenkreuzler nur so um die deutschen Ohren schlugen. Sofort sprangen seine Freunde vom Jungdo und Stahlhelm in brüderlicher Liebe für ihn ein. Einzeln zu unreif und auch wohl zu bänglich, den Mund aufzutun — jetzt im Chor schwoll ihnen wieder der schwarz-weiß-rote Kamm. Sie fingen an zu brüllen und zu toben — wie schön ist doch die Entrüstung reiner Seelen! — mit allen Händen und Beinen um sich zu schlagen, daß sie tatsächlich im Augenblick Herren der Lage waren. Was da an Schimpf- und — Fluchworten, an Verwünschungen und Schmähungen ausgestoßen wurde, war ein schallender Beweis für die klassische Methode, mit der der Jungdeutsche Orden seine Mitglieder zu Anstand und Zucht erzieht!! Das gilt natürlich auch vom „Stahlhelm". Die Versammlung — von einem tiefen Ekel erfaßt ob solcher deutschen „Zucht und Sitte" — bestrafte diese Flegeleien mit stummer — Verachtung. Und es gelang dem Redner dann auch, sich wieder durchzusetzen. Aber nur für einen Augenblick, dann setzte das wüste Johlen von neuem ein. Nun fing auch die Versammlung an ungemütlich zu werden. Als sich die Schreier ausgebrüllt hatten, zogen sie sich — Junge und Alte — lärmend in die Nähe des Ausgangs zusammen und sangen nun mit Aufwendung der gesamten Lungenkraft an zu gröhlen: „Deutschland über alles." Widerlich und empörend! Wenn sie noch hätten singen können . . . Die Versammlung war diesen Rüpeleien gegenüber machtlos. Erst als die Leitung, Herr Prokurist Heibach, sehr energisch nach der Polizei schickte, erschien ein Beamter und stellte nach einigen Bemühungen die Ordnung wieder her. Als die Sprengung der Versammlung so mit Hilfe der Polizei verhindert war, konnte der Redner sein Schlußwort zu Ende sprechen. Und das beforgte er denn gründlich . . . Unter dem tosenden Beifall der Versammlung forderte er schließlich auf, den Parteien von „der guten Erziehung, von der edlen deutschen Zucht und Sitte" — der Abend hatte ein Probestückchen gebracht — am 7. Dezember die Quittung zu geben. In der Tat: wenn etwas geeignet war die Radau- und Lugpolitik der Rechten zu demonstrieren dann ist das in Sangerhausen glänzend fertig gebracht worden. Der Jungdeutsche Orden und der Stahlhelm haben die Maske der Neutralität abgeworfen und sich in geradezu widerlicher Weise als eine Stoßtruppe der extremen Rechten gezeigt. Die Folge davon ist, daß die bisherigen katholischen Mitglieder erklärten: sie würden nach diesem Erfahrungen aus dem Jungdeutschen Orden austreten. Und das ist ein großer Gewinn . . .

Ein Dorf niedergebrannt.

WTB München, 25 Nov. Nach einer Drahtung der Münchener Neuesten Nachrichten ist das Dörfchen Karthaus im Schnalstal ein Opfer der Flammen geworden. Mit der Kirche seien 40 Gebäulichkeiten ein Raub der Flammen geworden. Wie verlautet, sollen 3 Menschen ums Leben gekommen sein.

Warum?

Warum war der Reichstag des 4. Mai arbeitsunfähig?

Die Schuld lag bei den Wählern. Wenn Du es nicht glauben willst, ließ diese Zahlen:

8 Millionen Wähler blieben der Wahl fern gleich 130 Mandate.

Einhalb Million wählten Mandatsstreber und Kriikaster aus kleinen Gruppen, die es dann doch zu keinem Mandat brachten gleich 8 Mandate.

1 Million zersplitterte sich auf kleine Zwergparteien ohne Erfolg gleich 10 Mandate.

6 Millionen wählten radikal rechts oder links gleich 100 Mandate.

13 Millionen wählten Versager gleich 210 Mandate.

Das sind zusammen 75 Prozent der Stimmen für unproduktive Politik. Nur 25 Prozent blieben für positive, verantwortungsvolle Arbeit.

Soll dieses Trauerspiel sich am 7. Dezember wiederholen?

Soll der neue Reichstag noch einmal durch Raufbolde und Boxer, Radaumacher, Bläser von Kindertrompeten und Trillerpfeifen zum Gespött der Welt werden?

Dann wähle

äußerste Linke oder äußerste Rechte.

Soll wieder wochenlang erfolglos wegen der Regierungsbildung verhandelt werden?

Dann wähle

sozialistisch oder deutschnational!

Willst Du vom Reichstag positive Arbeit?

Soll der Erfolg von London erhalten und ausgebaut werden?

Willst Du eine zielklare, vernünftige, gerechte und soziale Innenpolitik?

Dann wähle

den Mittelpunkt, um den sich alles kristallisieren muß.

Das Zentrum!

Kulturpolitische Entschließungen.

In Hagen in Westf. wurde von einer Geistlichen-Konferenz, an der sich zahlreiche Geistliche aus dem Sauerlande und aus dem Industriegebiet beteiligten, folgende Entschließung gefaßt:

150 in Hagen am 24. November 1924 versammelte katholische Geistliche erklären ihre Zustimmung zu den kulturpolitischen Ausführungen der Abg. Univ. Prof. Prälat Dr. **Schreiber** und Domkapitular Prof. **Wildermann** und geben der Forderung Ausdruck:

1. daß die Bekenntnisschule bald reichsgesetzlich gesichert und gestaltet wird;
2. daß grundsätzlich auch bekenntnismäßige höheren Schulen als öffentliche anerkannte und genehmigte werden;
3. daß angesichts einer bedauernswerten Imparität katholischer Theologen als Oberschulräte ernannt werden und in größerem Maße als bisher als Kreisschulräte und Regierungsräte;
4. daß die Zahl der Religionsstunden an den höheren Schulen gegenüber dem Zustande, der vor 1924 bestand, nicht vermindert wird.

WTB Beuthen, 27. Nov. (Drahtb.) Zu den Verhandlungen, die auf Anregung der Vereinigten Vaterländischen Verbände über eine Vereinigung der Rechts-Parteien im oberschlesischen Wahlkampfe geführt worden sind, veröffentlichte die Ostdeutsche Morgenpost eine Auslassung der deutschen Volkspartei, der folgendes zu entnehmen ist:

Vom Standpunkte der deutschen Volkspartei muß es dahin gestellt bleiben, ob im Sinne der jüngsten zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei geführten Verhandlungen die Nationalsozialistische Freiheitspartei und die Deutschsoziale Partei als Rechtsparteien anzusprechen sind. Die Einigung bezieht sich lediglich auf die äußere Führung des Wahlkampfes. Bestehende politische Gegensätze können nicht verschwinden, aber sie können zur Sprache gebracht werden, ohne Schärfen und ohne persönliche Verletzungen.

Der Reichshaushaltsentwurf für 1925.

WTB Berlin, 27. Nov. Gegenüber Morgenblättermeldungen, daß der Reichshaushaltsentwurf für 1925 mit einem Ueberschuß von über 2einhalb Milliarden Reichsmark abschließt, wird festgestellt, daß es sich hier nur um den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung handelt, während die übrigen Teile des Haushaltsplanes, die in der Hauptsache die Ausgabenetats der einzelnen Reichsverwaltungszweige darstellen, unberücksichtigt bleiben. Berücksichtigt man diese Ausgabenetats, so ergibt sich, daß der Entwurf für 1925 sich im ordentlichen Haushalt in Einnahmen und Ausgaben ausgleicht, im außerordentlichen Haushalt dagegen ein Defizit aufweist. Hinsichtlich der Behauptung, die Aufwandsgelder der Reichsminister seien gegenüber dem Vorjahre von 12 000 auf 30 000 Reichsmark heraufgesetzt worden ist festzustellen, daß es sich um einen Sammelfonds handelt, aus dem die Kosten für besondere präsentative Aufwendungen sämtlicher Reichsminister bestritten werden sollen. Der Pauschalbetrag von 300 Millionen Reichsmark für Mehraufwendungen und Besoldungserhöhungen stellt den Betrag dar für die beschlossene Besoldungserhöhung und für die Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse einschließlich der Rückwirkungen auf Pensionäre, Kriegsbeschädigte usw. Reserven für die künftige Besoldungserhöhung sind darin nicht enthalten.

Das deutsch-schweizerische Abkommen genehmigt.

WTB Berlin, 26. Nov. (Drahtb.) Das deutsch-schweizerische Abkommen über die Einfuhrbeschränkungen ist von der Reichsregierung und der schweizerischen Regierung genehmigt worden. Im auswärtigen Amt hat daraufhin zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen Amtes Dr. Stresemann und dem schweizerischen Gesandten Dr. Ruesenkatb eine Verhandlung stattgefunden, nach der das Abkommen nach Ablauf der darin festgesetzten Frist am 10. Dezember 1924 in Kraft tritt.

WTB London, 26. Nov. (Drahtb.) Nach einer Reutermeldung hat gemäß den Anweisungen des gegenwärtigen Sirdars ein Bataillon den Sudan verlassen ein weiteres wird ihm demnächst folgen. Die ägyptische Regierung hat bisher keine Schritte unternommen, um den Völkerbund mit der Lage zu betrauen. Maßgebende britische Kreise geben dem Vertrauen Ausdruck, daß die französische Regierung die französischen Zeitungen, die einen Appell an den Völkerbund gerichtet haben, nicht beeinflußt.

Die Deutschnationalen und die Katholiken.

Wir lesen in der Vossischen Zeitung:

„Die „Kreuzzeitung" fängt jetzt wieder, wie vor den Maiwahlen an, sich als Hüter des „wahren Katholizismus" aufzuspielen der bei den Deutschnationalen so viel besser aufgehoben sei als im Zentrum und sonstwo. Es wimmelt wieder von „Zuschriften aus katholischen Kreisen" und von „deutschnationalen Katholiken" verfaßten Artikeln.

Nicht immer blamiert sich das deutschnationale Blatt so offensichtlich wie kürzlich, als es eine solche Zuschrift unter dem Titel „Roter Vorstoß in der Hedwigskirche" brachte. Darin hatte ihr „katholischer (?) Gewährmann" gepetzt daß man am Sonntag dem 9. November — also am Revolutionsjahrestag — nach dem Gottesdienst das deutsche Tedeum angestimmt habe. Der gute „Kathol ik" der „Kreuzzeitung" wußte eben nicht, daß an jenem Sonntag die Hedwigsbasilika ihr Kirchweihfest feierte und hatte den Hinweis darauf in der Predigt in seiner Andacht wohl auch überhört.

Nun stand wieder ein langer Beitrag eines Deutschnationalen, in diesem Blatt, diesmal aus Bayern der **jeden Zentrumswähler für einen schlechten Katholiken** [illegible] erklärt: „Wir wissen daß in der deutschnationalen Partei die Katholiken nicht angefeindet [illegible]

Hoffentlich kommt dem guten Mann die Sonntagsnummer des deutschnationalen Parteiorgans, der „Nationalpost" nicht unter die Augen. Dort ist neben anderen geschmackvollen Zeichnungen auch Reichskanzler Marx abgebildet, in Sutane und breitem Priesterhut nach bekanntem Vorbild gewisser Witzblätter und darunter steht das schöne Verschen:

„Stammhalter Bismarcks ja von Marx bis Marx!
Karl Marx und Wilhelm Marx: des Zauberquarks
Wird niemand froh, Hebräer oder Christen
Schwarzkanzler macht sie alle zu Marxisten."

Wie heißt es so richtig in dem bestellten Beitrag aus Bayern? In der Deutschnationalen Volkspartei sorgt ein eigener Katholikenausschuß dafür daß die katholischen Belange nicht Schaden leiden."

Der „Katholikenausschuß" hat mächtig zu tun."

Die Entscheidung liegt bei den Nichtwählern.

Diese Behauptung mag zunächst übertrieben klingen und ist dennoch richtig. Am 4. Mai haben von 36 363 089 Stimmberechtigten 8 656 720 Wahlfäumige nicht gewählt. Die Nichtwähler stellten also die größte Partei dar. Das Zentrum bekam z. B. am 4. Mai nur 3 921 206 Stimmen. Nehmen wir an, daß unter den Nichtwählern derselbe Prozentsatz Zentrumsanhänger war wie unter den Wählern dann hätte ihre restlose Stimmabgabe bedeutet, daß das Zentrum 20 Sitze im Reichstag des 4. Mai mehr gehabt hätte. Von welcher Bedeutung aber würde eine derart starke Vertretung des Zentrums im vergangenen Reichstag gewesen sein! In diesen Ueberlegungen liegt die dringende Mahnung, dafür zu sorgen, daß es am 7. Dezember Nichtwähler in unserer Partei nicht gibt. Der größten Partei, der Partei der Pflichtvergessenen, muß immer wieder unser energischster Kampf gelten.

Der Vorstand der Reichsbahngesellschaft.

WTB Berlin, 27. Nov. (Drahtb.) Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat auf Vorschlag des Generaldirektors über die endgültige Zusammensetzung des Vorstandes der Reichsbahngesellschaft folgenden Beschluß gefaßt::

Außer dem Generaldirektor besteht der Vorstand aus folgenden Direktoren:

1. Vogt (Verkehrs- und Tarifabteilung, sowie die Verwaltungsstelle Preußen.)
2. Kumbier. (Betriebs- und und Bauabteilung).
3. Dr. Anger. (Maschinentechnische Abteilung).
4. Dahn. (Finanz- und Rechtsabteilung).
5. Hitzler. (Personalabteilung).
6. Dr. von Frank (Verwaltungsstelle Bayern.)

Um die 26 prozentige Reparationsabgabe.

WTB London, 27. Nov. Der diplomatische Korrespondent der Westminster Gazette schreibt zu den deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen, die Deutschen hätten Englands Rechte nicht bestritten, die 26prozentige Abgabe aufzuerlegen. Sie hätten aber vorgeschlagen, daß ihre Einziehung durch die englischen Hollbehörden, die sehr viele Schwierigkeiten und Verzögerungen für den Handel hecbeiführen, dadurch ersetzt werde, daß die deutsche Regierung an Großbritannien eine Pauschalsumme bezahlt. Der Generalagent für Reparationen hat erklärt, daß diese Summe an ihn bezahlt werden soll und die Deutschen seien auch diesem Verfahren geneigt, denn es sei möglich, daß der an Großbritannien nach den Reparationsakten bezahlte Betrag höher sein werde als der, den Großbritannien nach dem Dawesplan im ersten Jahre zu empfangen hat. Der Korrespondent bezeichnet es als wahrscheinlich, daß der Vertrag der mehrere dem ungehemmten Handel Deutschlands mit England gesetzten Hindernisse beseitigt und der den englischen Kaufleuten in Deutschland ähnliche Vorteile zusichert, von beiden Ländern angenommen werden wird.

Weiteres Fallen der Erwerbslosenziffer.

WTB Berlin, 27. Nov. (Drahtb.) In der ersten Hälfte des Monats November hat die Zahl der zu unterstützenden Erwerbslosen im deutschen Reiche weiter abgenommen und zwar von 435 000 am 1. Nov. auf 396 000 am 15. November, d. h. um rund Zeinhalb Prozent. Die männlichen Hauptunterstützungsberechtigten haben sich von 394 000 auf 389 000 verringert, die weiblichen von 391 000 auf 371 000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige Vollerwerbsloser) weisen eine ähnliche Abnahme auf.

Die deutsch-englischen Handelsvertrags-Verhandlungen.

WTB London, 27. Nov. Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen nehmen einen befriedigenden Verlauf. Sie werden voraussichtlich Ende dieser Woche ihr Ende erreichen. Ueber wichtige Punkte ist eine Einigung erzielt worden. Meinungsverschiedenheiten bestehen noch über die taktische Behandlung der 26prozentigen Reparationsabgabe.

Ein Raub der Flammen.

Berlin, 27 Nov. Einer Blättermeldung aus Hamburg zufolge wurde die Kirchstein-Bäckermühle ein Raub der Flammen. Große Getreide- und Mehlvorräte kamen um.

Ausland.

Zur Lage in Aegypten.

WTB London, 27. Nov. Die Blätter melden übereinstimmend, daß die Nachrichten aus Aegypten nach wie vor befriedigend lauten. Die Bestrebungen des neuen Ministerpräsidenten Zirwar Pascha, Sicherheit und Frieden herbeizuführen, würden die Unterstützung der britischen Regierung erhalten.

Der parlamentarische Korrespondent des Daily Telegraph meldet: In hiesigen ministeriellen Kreisen sei man zufrieden mit der Entwicklung der Dinge in Aegypten. Der Ministerwechsel habe für die nächste Zeit eine entschiedene Besserung gebracht. Man glaubt, daß die Wiederherstellung normaler Zustände nicht lange auf sich warten lassen werde. Die Minister seien der Ansicht, daß die Krise vorübergehe und daß es, wenn es zu keinem neuen Zwischenfall komme, unnötig sein würde, neue Maßnahmen, wie die Erklärung des Belagerungszustandes, zu beschließen. Der Korrespondent des Daily Telegraph in Kairo meldet, ägyptische Kreise hofften, daß die britische Regierung die Aufgabe des Premierministers durch Abänderung ihrer Forderungen erleichtern werde. Der Ton, den das neue Kabinett gewählt habe, sei entschieden persönlich.

Vorwürfe Englands gegen Frankreich.

WTB London, 27. Nov. Daily News betont, daß die unfreundliche Kritik in der französischen Presse von denselben Blättern ausgehe, die schon während der Friedenskonferenz und während der Ruhrkrise stets bemüht gewesen seien, den meisten britischen Aktionen niedrige Beweggründe unterzuschieben. Es könne klar und deutlich gesagt werden, daß Herriot und seine Regierung keinen Anteil hieran hätten.

Vor einer jugoslavischen Regierungskrise.

WTB Graz, 27. Nov. Die Tagespost meldet aus Belgrad, Ministerpräsident Paschitsch hat gestern mit den kroatischen Abgeordneten Dr. Surmin und Dr. Drenkowitsch über den Eintritt in die Regierung verhandelt. Bei der hierauf folgenden Zusammenkunft zwischen Paschitsch und Pribitschewitsch wurden alle Hindernisse, die sich bisher der Rekonstruktion der Regierung in den Weg gestellt hätten, beseitigt. Nach einer weiteren Meldung aus Belgrad hat Minister des Aeußeren Ninitschitsch der jugoslavisch-italienischen Kommission zur Bestimmung der jugoslavisch-italienischen Grenze telegraphisch den Auftrag erteilt, die Abgrenzungsarbeiten bei Loitsch vorläufig sofort einzustellen. Das bisherige Mitglied der jugoslavischen Abgrenzungskommission, Major Markowitsch, der von der früheren Regierung ernannt worden ist, wurde telegraphisch seines Amtes enthoben. Es wird ihm vorgeworfen, daß er gegenüber italienischen Bestrebungen zu nachgiebig gewesen sei und sich nicht an die Weisungen seiner Regierung gehalten habe.

Besetzung der Stadt Sirt durch italienische Truppen.

WTB Tripolis, 25. Nov. Am Sonntag vormittag besetzte eine Abteilung italienischer Truppen die Stadt Sirt und hißte auf dem im Jahre 1915 verlassenen Schloß die italienische Flagge. Am Abend stieß eine Abteilung auf das Lager von Ibrahim Seeten, dessen Sohn von Bamadan Suchli im Jahre 1914 durch Verrat den Rückzug der italienischen Besatzung erzwungen hat. Ibrahim konnte entfliehen. Bei dem Zusammenstoß fanden 50 Aufständige den Tod. Die Italiener haben 400 Gewehre, eine Kanone, Munition und ein Proviantlager so wie die Fahne der Aufständischen erbeutet.

*

WTB Köln, 26. Nov. **Wiederaufnahme des freien Sprengstoffhandels mit Belgien.** Wie die Kölnische Zeitung aus Brüssel meldet, ist die belgische Regierung bereit, den freien Handel mit deutschen Sprengstoffen wieder zuzulassen unter der Bedingung, daß die Handelskammer in Brüssel die notwendigen Maßnahmen trifft, daß die Einnahmen des Staates aus den Reparationslieferungen den freien Kohlenhandel nicht schädigen werden. Mit der sofortigen Aufhebung des Sprengstoffverbotes wird bestimmt gerechnet.

Totenehrung.

WTB Moskau, 25. Nov. Am Totensonntag fand vor dem neuerrichteten Denkmal an den Gräbern der deutschen Kriegsgefallenen eine Weihefeier statt. Nach einleitendem Chorgesang, ausgeführt vom Chor der Petri—Pauli—Kirche, hielt Graf Brockdorff Rantzau eine Ansprache in der u. a. ausführte: „Wir sind gekommen, einen Teil der Dankesschuld abzutragen, an unsere gefallenen Helden. Es ist keine feierliche Gestalt aus Marmor, und doch hat diesen schlichten Stein die Liebe errichtet. Ihr stolzen Schläfer, die ihr schlummert, hat überwunden und ward pflichttreu bis zu den Tod. Nicht in der Heimaterde sind ihr gebettet, in einem Freundeslande ist euch die letzte Ruhestätte geworden. — Nach einem Chorgesang schloß die Feier. Das deutsche Botschafterpersonal, sowie die Mitglieder der deutschen Handelsdelegation nahmen an der Feier teil.

Tuantschitju Ministerpräsident in China.

WTB London, 25. Nov. Wie Reuter aus Peking meldet, ist das Kabinett gebildet Tuantschitju ist Ministerpräsident und außerdem vorläufiger Staatspräsident.

Vermischtes.

Eisenbahnunglück.

WTB Frankfurt a. M., 27. Nov. Die Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. teilt mit, nachmittags 6,10 ist auf Bahnhof Saalburg von dem Personenzug 2021 Frankfurt a. M. — Usingen ein Personenwagen entgleist und umgefallen. Dabei wurde ein Reisender schwer verletzt, etwa 15 Reisende leichter. Ein Hilfszug ist sofort von Frankfurt nach der Unfallstelle abgegangen. Die Ursache des Unfalles ist bisher noch nicht zu ermitteln gewesen.

Feuersbrunst in einem Sägewerk.

Berlin, 27. Nov. Nach einer Blättermeldung aus Augsburg wurde das große Sägewerk in Obersdorf im Allgäu vollständig eingeäschert. Es wird Brandstiftung vermutet. Der Schaden ist beträchtlich.

Sturm auf ein Gefängnis durch drei Bauern.

WTB Rom, 27. Nov. In einem Orte bei Benevent stürmten drei Bauern das Gefängnis, entwaffneten die Karabinieri und befreiten 2 Gefangene, die am Vorabend verhaftet worden waren. Verstärkungen der Karabinieri stellten die Ordnung wieder her. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Zentrums-Versammlung in Altenzundem.

|| **Altenhundem** 28. Nov. Zum zweiten Male im gegenwärtigen Wahlkampfe hatte die hiesige Ortsleitung die Zentrumswähler von Altenhundem am vergangenen Sonntag zu einer öffentlichen Wahlversammlung in der Schützenhalle eingeladen. Als Redner war Professor Dünnebacke-Dortmund gewonnen. Der Referent verstand es meisterhaft, die Zuhörer durch seine klaren, tiefschürfenden, mit hoher Begeisterung dargebotenen Ausführungen zu überzeugen und sie für die gute Zentrumssache zu interessieren. In seinem eineinhalbstündigem Vortrag behandelte Herr Dünnebacke die Politik des Zentrums in Vergangenheit und Gegenwart und gab bedeutsame Fingerzeige für die in der Zukunft zu lösenden Fragen. Er führte ungefähr folgendes aus:

Trotz der vielen Wahlen darf am 7. Dezember keine Wahlmüdigkeit eintreten. Wählen ist sittliche Pflicht. Zur Erkennung unsers rechten Weges müssen wir daran denken, daß wir:

1. den Krieg verloren haben,
2. die Revolution erleben mußten.

Der Ausgang aller jeglicher deutschen Politik ist das Verhältnis zum Auslande, von dem wir leider durch den unglücklichen Krieg abhängig geworden sind. Ohne erfolgreiche Außenpolitik ist eine Besergestaltung der Verhältnisse im Innern nicht möglich. Maßgebende Autoren haben bezeugt, daß durch die von Dr. Wirth eingeleitete Erfüllungspolitik — die besser „Verständigungspolitik" genannt wird, ein besseres Verhältnis zum Ausland angebahnt war. Um aber erfüllen zu können, waren bedeutsame, tiefeinschneidende gesetzgeberische Maßnahmen im Innern notwendig. Dazu hatte der Kanzler eine breitere Mehrheit im Parlament nötig. **In diesem** Augenblick versagte die Sozialdemokratie, indem sie aus der Regierung austrat. Das war der Anfang der Krisis, der Stein des Verderbens kam ins Rollen. Es folgte der Rathenaumord, die Aera Cuno, der Ruhrkrieg, die Inflation. Mit Schuld an all dem Elend hatte die Sozialdemokratie, weil sie wieder mal Parteipolitik betrieben hatte. Demgegenüber hat das Zentrum wie seit 1918 so auch in dieser Krisis von 1922 das Vaterland über die Partei gestellt, es hat niemals die klare, die große Linie in der Führung der Geschicke des deutschen Volkes fehlen lassen. Die kurzen klaren Richtlinien des Kanzers Marx sind für alle Parteien richtunggebend. Die Marxsche Führung begann nach verlorenem Ruhrkrieg. Sein Ziel war die Schaffung einer besseren Basis im Verkehr mit dem Ausland, die innere Konsolidierung kommt dann von selbst. Das konnte Marx nur durch Fortsetzung der von Wirth begonnenen Verständigungspolitik, die auch bald den Weg nach London ebnete. Die Erfolge der Londoner Verhandlungen liegen klar zu Tage die dort getroffenen Abmachungen mußten vom Reichstage angenommen werden, trotz der dem deutschen Volke auferlegten schweren finanziellen Verpflichtungen. Bei dieser Gelegenheit unterzog der Redner das Verhalten der deutschnationalen Volkspartei bei der Abstimmung über die durch den Londoner Pakt notwendig gewordenen Gesetze einer eingehenden Betrachtung und Würdigung. Weiter behandelte der Redner die Entwicklung der Regierungskrise bis zur Reichstagsauflösung u. kennzeichnete die Forderungen der Deutschnationalen unter Bezugnahme auf den Artikel des Grafen Posadowski „Die Halben" als eine ausgesprochene Krippenwirtschaft.

Ueber die Innenpolitik führte Herr Dünnebacke aus: Im Innern Deutschlands sieht es böse aus. **Alle Stände leiden, besonders schlecht geht es den Arbeitern.** Schuld daran ist das Ausland und jene Parteien, die 1922 die Krisis nicht verhinderten, ihre Kreise nicht zurückhalten wollten und auf diese **Weise die Schaffung einer breiten Regierungsbasis unmöglich machten.** Zu dieser Not kommt eine hohe, zum großen Teil unerträgliche Besteuerung die einer gründlichen Umgestaltung bedarf. Wem will man die Schuld an diesem unerträglichen Steuersystem zuschieben? Dieses System ist ein Produkt der Inflation in der die genaue Feststellung des Einkommens unmöglich war. Heute ist ein Abbau und Umbau möglich darum muß eine gerechte neue Steuergestaltung unbedingt gefordert werden, die sich stützt auf den tatsächlichen Besitz und das Einkommen. Dann folgte die Behandlung der Lohn- und Gehaltsfragen, der Kapitalsteuer und der Gewährung der Kredite an die Landwirtschaft. Der Redner untersuchte alle Einwendungen der sog. Besserwisser und sah sich gründlich Aufklärungen, daß auch nichts an Unklarheit übrigbliebe, und daß nicht eine einzige Frage in der Aussprache gestellt wurde. Eine solch überzeugende Klarstellung über Ursache und Folge in unserem mißlichen Wirtschaftsleben kann den Wählern selten gegeben werden und es ist zu bedauern, daß in solchen Versammlungen diejenigen fehlen, die alles besserwissen müssen. Dem Kulturproblem widmete der Redner einen großen Teil seiner Ausführungen. Mit hinreißenden Worten machte er die Zuhörer auf die hohen Werte aufmerksam, die am 7. Dezember zu verteidigen sind und schloß mit einem begeisternden Appell an die Versammelten, am Wahltag freudig dem Zentrum die Stimmen zu geben. Reicher anhaltender Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen. **Der Versammlungsleiter, Rektor Lingemann** unterstrich im Schlußwort die vom Redner ausgesprochenen Gedanken und bezeichnete das Zentrum als die staatserrettende und staatserhaltende Partei in Vergangenheit und Gegenwart, als die für uns Inbetracht kommende Kulturpartei, als die ausgleichende Partei der Mitte, welche die breite Kluft zwischen den Flügeln des Parlaments wohl zu schließen imstande ist. Darum gebührt jede Stimme dem Zentrum, die Zahl der Zentrumsstimmen vom 4. Mai muß in Altenhundem am 7. Dezember, mindestens erreicht, sie muß überschritten werden.

Soziales.

Ein neuer Weg zur Linderung der Winternot

Die Not unseres deutschen Volkes ist vielleicht diesen Winter nicht mehr so offenbar wie in den vergangenen Jahren, und doch wissen wir, daß so viele Kleinrentner, die alles verloren haben, kaum das Allernotwendigste zum Leben aufbringen, daß vor allem auch zahlreiche Erwerbslose von Hunger und Kälte bedroht sind. Weder die Mittel der öffentlichen Körperschaften noch die der freien Liebestätigkeit reichen aus, dieser Not wirksam zu begegnen. Deshalb veranstaltet die „Deutsche Nothilfe" demnächst eine **Opferwoche** im ganzen Reichsgebiet und hofft durch den Vertrieb der bereits bekannten **Wohlfahrtsbriefmarken** neue Geldquellen zu erschließen.

Die Marken sind im Wert zu 5, 10, 20 und 50 Pfg. hergestellt und werden zum 4fachen Betrag verkauft. Während die Post von dem Verkaufspreis also nur einviertel erhält, verbleiben die übrigen dreiviertel für Zwecke der Wohlfahrtspflege besonders für Kinderhilfe, Kleinrentner- und Arbeitslosenfürsorge. Es ist Sorge dafür getragen, daß jeweils die Hälfte des Erlöses den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, die den Vertrieb übernommen haben, zufließt, während die andere Hälfte durch die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe für besonders dringende Fürsorgeaufgaben zur Verteilung kommt.

Die Zentrale des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. Werderstr. 4 hat sämtlichen Diözesan-Caritasverbänden eine größere Anzahl von Marken übersandt. Diese leiten die Marken sofort an die örtlichen Caritasverbände weiter. Jeder kleinste Caritasausschuß, **jedes Pfarramt,** jeder Verein, der sozialer und caritativer Arbeit dient, sollte im Interesse der notleidenden Mitmenschen sich mit größtem Eifer an dem Vertrieb der Marken beteiligen, damit Mittel gewonnen werden, weiterzuhelfen. Der Bezug der Marken kann bei allen Diözesan- und Ortscaritasverbänden erfolgen; sollten die Marken an dieser Stelle nicht in genügender Anzahl erhältlich sein, so kann die Bestellung auch unmittelbar an die oben genannte Zentrale in Freiburg gerichtet werden.

Ueber die Art und Weise des Verkaufs unterrichtet ein vom Deutschen Caritasverband ausgearbeitetes Merkblatt, das von der Zentrale in Freiburg auf Wunsch gern zur Verfügung gestellt wird.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe

„ **Olpe,** 28. Nov. **Zum Abschied des Studiendirektors Frese.** Morgen wird Herr Studiendirektor Frese uns verlassen, um die ihm vom Herrn Minister übertragene Stelle als Regierungsrat und Schulrat in Erfurt anzutreten. Studiendirektor Frese weilt seit dem 1. April 1911 unter uns. Er war der erste Direktor des hiesigen staatlichen Lehrerseminars. Die innere und äußere Ausgestaltung dieser Anstalt ist sein Werk. Wie fast überall, so standen auch hier dem Seminar zunächst nur wenig geeignete und dazu noch weit auseinanderliegende Unterrichtsräume zur Verfügung. Die Seminarklassen waren teils in dem Gebäude der Präparandenanstalt am Gallenberge (jetzt Rektoratschule), teils in der alten Strickerei an der belebten Martinstraße untergebracht. Hier befand sich auch die einstweilige Uebungsschule. Von den Schwierigkeiten, die der Seminarleitung aus dieser ungenügenden Unterbringung der einzelnen Klassen erwuchsen, kann man sich kaum eine hinreichende Vorstellung machen. Dazu kam die große Sorge für den Seminarneubau, der am Imberg errichtet wurde. Zwar wird der Bauplan im Ministerium ausgearbeitet das auch einen kundigen Baumeister mit der Ausführung beauftragt. Aber die Behörde setzt voraus, daß der Seminardirektor nicht nur alle Einzelheiten des Baues überwacht, sondern auch rechtzeitig begründete Abänderungsvorschläge unterbreitet. Ueber die zweckmäßige Einrichtung und Ausstattung des Olper Seminars herrscht nur eine Stimme. Wer erinnert sich nicht gern der schönen erhebenden Konzerte, die alljährlich mehrmals in der prächtigen Seminaraula veranstaltet wurden! Damit verschaffte Direktor Frese uns edle künstlerische Genüsse, wie sie bis dahin in Olpe wohl selten geboten wurden. 1915 wurde die hiesige staatliche Präparandenanstalt aufgehoben und eine Seminar-Präparandenanstalt eingerichtet. für die im neuen Seminargebäude die erforderlichen Unterrichtsräume vorgesehen waren. Die Leitung der Anstalt übernahm Seminardirektor Frese. — Für die Entwicklung der Präparandenanstalt und des Seminars wurde der Weltkrieg verhängnisvoll. Nach dem Kriege hielt die bittere Not der Junglehrer und die Ungewißheit über die in Aussicht stehende Umgestaltung der Lehrerbildung manchen von der Erwählung des Lehrerberufes ab. Das Olper Seminar hat noch zwei Klassen, während andere Seminare nur über eine Klasse verfügen oder gar schon alle Zöglinge entlassen haben. Die freien Unterrichtsräume im Seminargebäude benutzen bei uns drei Klassen der Aufbauschule, um deren Errichtung und Entwicklung Studiendirektor Frese sich ebenfalls aufs angelegentlichste bemüht hat. — Manche Eingesessene des Kreises werden sich dem Direktor auch verpflichtet fühlen, weil er als Obmann der Kriegsgefangenen-Hilfe besorgt war, über das Schicksal der gefangenen und vermißten Angehörigen rasche und sichere Auskunft zu erlangen. Möge Herr Studiendirektor Frese, der sich im Kreise stets die größte Liebe und Verehrung erworben hat, in der neuen Stellung noch viele Jahre in Gesundheit und Kraft segensreich wirken zum Besten der Schule und des deutschen Volkes!

)*(**Olpe,** 27. Nov. Aus verschiedenen Gründen muß die Berichterstattung über die gestrige Zentrumsversammlung in Olpe auf morgen verschoben werden.

WTB **Olpe,** 28. Nov. **Erleichterung im Exportverkehr nach Frankreich.** Auf Anfrage der Industrie- und Handelskammer zu Hagen teilt das französische Konsulat in Düsseldorf mit, daß auf Grund neuer Bestimmungen der französischen Regierung das Visum der von der französischen Zollbehörde geforderten Konsularrechnungen von nun an kostenlos vorgenommen wird. Die Rechnungen müssen jedoch nach wie vor von der Industrie- und Handelskammer zu Hagen beglaubigt werden. Für den Export nach Frankreich bedeutet diese Anordnung der französischen Regierung eine große Erleichterung, da damit die hohen Konsulatsgebühren von 12 Mark pro Rechnung in Fortfall kommen.

:: **Olpe,** 28. Nov. **Fahrplanwechsel und Taschenfahrplan.** Infolge des Fahrplanwechsels in der Nacht vom 30. 11. zum 1. 12. wird auch der amtliche Taschenfahrplan der Reichsbahndirektion Elberfeld neu herausgegeben. Leider wird die rechtzeitige Herausgabe nicht möglich sein, weil sich die Entscheidung darüber ob im Sanktionsgebiet (Düsseldorf Duisburg) u. im neubesetzten Gebiet die mitteleuropäische oder die westeuropäische Zeit einzuführen sei, zu lange verzögert hat. So erfreulich es auch ist, daß die Entscheidung zu Gunsten der mitteleuropäischen Zeit bestehen bleibt, so hat doch die Hinausschiebung dieser Entscheidung in der Hauptsache das rechtzeitige Erscheinen des Taschenfahrplanes unmöglich gemacht. Außerdem bestanden Lohnschwierigkeiten im Buchdruckergewerbe, die ebenfalls die Drucklegung verzögerten. Die Arbeiten sind aber soweit gefördert, daß mit dem Erscheinen des Taschenfahrplanes in den ersten Tagen des Dezembers gerechnet werden kann. Da einschneidende Fahrplanänderungen mit dem 1. Dezember eintreten, wird allen Reisenden empfohlen, sich bei den Eisenbahndienststellen vorher über die Aenderungen ihrer Züge zu unterrichten. Die Aushangblätter über Abfahrt und Ankunft der Züge auf den größeren Bahnhöfen sind rechtzeitig fertiggestellt; beim diesmaligen Fahrplanwechsel wird ein Stück dieser Aushänge schon mindestens einen Tag vorher zum Aushang kommen.

(!) **Ennest,** 28. Nov. **Feuer** brach gestern morgen früh in der Scheune des Landwirts Joseph Stuff zu Rauterkusen aus. Unsere Feuerwehr rückte sobald als möglich zur Brandstelle. Es konnte jedoch nicht verhindert werden, daß die Scheune vollständig ausbrannte, da dieselbe mit großen Getreide- und Futtervorräten angefüllt war. Ein Löschen des Feuers war deshalb unmöglich. Sämtliche landwirtschaftliche Maschinen mußten dem wütenden Element ebenfalls als Opfer überlassen werden. Der Schaden ist ganz beträchtlich, nur ein Teil von ihm ist durch Versicherung gedeckt.

0—0 **Förde,** 28. Nov Die letzte **Sitzung der Gemeindevertretung** wurde in Maumke abgehalten und folgendes beschlossen: Der Haushaltsplan wurde vorgelegt, der mit rund M. 100 000 balanziert. Der durch Zuschläge zu den Staatssteuern zu deckende Fehlbetrag beläuft sich auf ca. M. 55 000 welcher aufgebracht werden soll durch 150 Prozent Grundvermögenssteuer, 200 Prozent Kleingewerbe, 350 Prozent Großgewerbe- und 600 Prozent Lohnsummensteuer. — Dem Beschluß der Gemeinde Elspe, die beiden Gemeindekassen Elspe und Förde zu vereinigen mit dem Sitz in Grevenbrück wurde zugestimmt unter der ausdrücklichen Bedingung, daß Besetzung und Umfang des an der Kasse beschäftigten Personals ausschließlich Sache der Gemeinden Elspe und Förde sein soll. — Der Feuerwehr soll der etatsmäßige Betrag zur Beschaffung von Ausrüstungsstücken und Geräten für Förde und Maumke zur Verfügung gestellt werden. — Zum Schluß wurden in geschlossener Sitzung Fürsorge und Armensachen erledigt.

:: **Altenhundem,** 28. Nov. **Theateraufführung der kath. Jünglingssodalität.** Ein selten schöner Genuß wurde der Einwohnerschaft von Altenhundem und Umgegend durch die Theaterabende der hiesigen kath. Jünglingssodalität am Bußtage und dem folgenden Sonntage bereitet. Der äußere Anlaß zu der Festfeier bot sich der Sodalität in der endlichen Vollendung ihres Vereinslokals, des Jugendheims an der Hochstraße. Der Mangel eines hinreichenden Saales für solche Zwecke war in Altenhundem unerträglich geworden. Durch die Initiative der kirchl. Körperschaften hat das Jugendheim einen hinlänglichen Anbau mit Bühne erhalten, sodaß größere Veranstaltungen nunmehr möglich sind. Als erster Verein wollte die Jünglingskongregation dem neuen Hause seine Weihe geben und die neue Bühne mit einem religiösen Schauspiel betreten. Es war ein Stück schwerster Arbeit, um Haus und Bühne dem Charakter eines solchen Stückes anzupassen. Nach dem Umbau sahte es eben an allem. Doch die wackeren Jünglinge lösten das Schwierige mit viel Verständnis und Geschick geschickt. Mit wenigen und einfachen Mitteln haben sie die Räume zu zaubern wußten Aufsehen erregt, die Bühne zu einem wirklichen Kunstwerk gemacht. Wie da geschaffen ist, ist ganze Arbeit. Gott Dank, daß der alte Zauber gewichen ist. Was heute an seiner Stelle steht, ehrt die Erbauer, ehrt das Haus. Dem prächtigen Bühnenbilde ebenbürtig waren die ersten Darbietungen auf den neuen Brettern. „Vitus", ein religiöses Schauspiel in 5 Akten von Moritor Killmann hatte der Jünglingsverein für die Erstaufführung gewählt. Ohne Zweifel war die Auswahl eine recht glückliche. „Vitus" ist ein Schauspiel, das dem Zuschauer die geheimnisvollen Auswirkungen des festen Gottesglaubens in einem kindlich frommen Herzen zeigt die sich kundtun in unerschütterlicher Standhaftigkeit, in echter Gottes- und Nächstenliebe und in bewundernswürdigem Gleichmut gegenüber den Martern der Christenverfolger. Für die Jünglinge ist der Held des Stückes ein wahrhaftes Vorbild für Glaubenstreue und Opfermut. Kein Wunder, daß die Darsteller ihr ganzes Können daran setzten, um die tiefen Ideen des Stückes den Zuhörern anschaulich vorzutragen. Die Aufführung der Sodalen verdient uneingeschränktes Lob, es war mehr als landesüblicher Dilettantismus. Wohl jedem Spieler ist es gelungen, sich mit großem Verständnis in seine Rolle hineinzudenken und die ihr zu Grunde liegenden Gedanken in Wort und Gebärde kunstgerecht zum Ausdruck zu bringen. Die gespannte Aufmerksamkeit der zahlreich erschienenen Zuhörer bewies, daß sie die schauerlichen und doch großen Ereignisse aus den Zeiten der Christenverfolgungen als Erlebnis empfanden. Nicht wenig zum guten Gelingen des Werkes trugen die prachtvollen Kostüme bei, welche die Firma Sommer, Hagen geliefert hatte. So kann der kath. Jünglingsverein mit großer Zufriedenheit auf die Erstaufführung in seinem neuen Heim zurückschauen, sicherlich war es der Anfang zu größeren Leistungen. Fahret fort, wackere Jünglinge, diesen Weg weiter zu gehen, solange ihr Freude am wirklich Schönen und Guten habt, brauchts uns um euch nicht zu bangen. Ihr Eltern, unterstützet das edle Streben, dieser Jungen in jeder Weise, schicket eure Söhne ausnahmslos in die Jünglingssodalität, dort sind **sie** wohlgeborgen!

Provinzielles.

WTB **Gevelsberg,** 26. Nov. **Tot aufgefunden.** Im Toreingang des Hauses Teichstraße 21 (Wirtschaft Trost) fanden gestern abend Kinder die etwa 22 Jahre alte ledige Haustochter F., die sich in Hoffnung befand, tot auf. Ob ein Verbrechen oder Unglücksfall vorliegt, muß die gerichtliche Untersuchung ergeben.

WTB **Blankenrath,** 26. Nov. **Schweres Autounglück.** In der Nähe unseres Ortes kam ein Auto durch das Glatteis ins Rutschen, schlug gegen eine Telegraphenstange und wurde völlig zertrümmert. Die mitfahrenden drei Personen wurden sehr schwer verletzt, einer von ihnen erlitt einen doppelten Beinbruch und einen Armbruch.

Wirtschaftliches.

Berliner Börsenbericht.

WTB **Berlin,** 27. Nov. Bei allmählich zunehmender Beteiligung der Spekulation und auch des Publikums zog die Aufwärtsbewegung an der Börse langsam weitere Kreise. Im Vordergrund des Interesses stehen am Aktienmarkt wiederum Montanwerte unter Bevorzugung der Papiere des Rhein—Elbe—Union—Konzerns, ferner Berlin Karlsruher Industrieaktien, chemische und andere Industriewerte. Berliner Handelsanteile stiegen 5, Canada über 6 Billionen Prozent. Das Publikum bevorzugte am Einheitskursmarkt verhältnismäßig niedrig im Kurse stehende Papiere. Die höchsten Kurse konnten sich im Verlaufe nicht überall behaupten, sodaß besonders bei Stinnespapieren die heutigen Aufschläge teilweise wieder verloren gingen. Am Anleihemarkt bewirkte das Aufhören der bisherigen Verkäufe allgemein eine kräftige Erholung. Da der Ultimo börsentechnisch so gut wie überwunden ist, erfolgte am Geldmarkt ein Nachlassen der bisherigen leichten Anspannung.

Produktenbericht.

WTB **Berlin,** 27. Nov. Die sich am Produktenmarkt erhaltende Festigkeit ist nur zum kleineren Teil den hohen amerikanischen Schlußnotierungen zuzuschreiben, was daraus hervorgeht, daß bereits gestern nachmittag bei niedrigeren Chikagoer Anfangsnotierungen höhere Preise für Brotgetreide bezahlt wurden. Für Roggen besteht vermehrte Kauflust zum Teil in Deckungen für die nur sehr mäßig angebotene Inlandsware. Die überseeischen Forderungen waren nur mäßig erholt. Hier hat sich der Preis für nur wenig angebotene zweihändige Ware diesen Notierungen merklich genähert. Weizen bleibt bei anhaltender Nachfrage der Mühlen fest. Im Mehlgeschäft regte sich nach langem Stillstand wieder einige Bedarfsnachfrage. In Hafer, Gerste und Futterartikeln bleibt das Geschäft bei wenig veränderten Preisen still.

Berliner Getreidebörse.

WTB **Berlin,** 27. Nov. **Amtliche Produktennotierungen in Goldmark.**

Weizen Märkischer 21,8—22,3. Pommerscher 21,4 (still).
Roggen: Märkischer 20,7—21,1, (ruhig).
Gerste: Sommergerste 22,0—24,6. Wintergerste und Futtergerste 19,0—20,0 (ruhig).
Hafer Märkischer 16,8—17,5; Pommerscher 15,9 bis 16,6 (ruhig).
Mais: Loco Berlin 20,6—20,8, (ruhig).
Weizenmehl 29,5—32,5 (behauptet).
Roggenmehl 28,25—31,5 (behauptet).
Weizenkleie 13,7—13,8 (stetig).
Roggenkleie 12,2—12,4 (stetig).

Wieder Interesse des Auslandes an den deutschen Effektenmärkten?

Darüber ist sich die Börse einig, daß ohne eine intensive Anteilnahme des Auslandes an den Vorgängen der deutschen Effektenmärkte eine ständige Kursaufbesserung nicht zu erzielen ist. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß nun dieses Interesse des Auslandes im Wachsen begriffen ist. Das ist ja auch erklärlich, wenn man sich vor Augen hält, daß eine ganze Reihe unserer soliden Papiere, wie insbesondere des Montanaktien- des Elektrizitäts-, des Maschinen- und Metall- wie auch Farbaktienmarktes heute, zumal nach der Goldumstellung wesentlich unterwertet sind. Es ist zweifellos, daß sich die immer mehr hervortretende Besserung der wirtschaftlichen Lage auch auf diesem Gebiet alsbald nachdrücklich auswirken muß.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. J. Rueger, berg, Olpe. **Verantwortlich für die Gesamtredaktion:** P. Hüttemann, Olpe; **für den lokalen und provinziellen Teil, Feuilleton und Vermischtes:** A. Rademacher-Olpe; **für die Berliner Redaktion:** A. W. Krauß-Berlin-Schöneberg

Schon manche Hausfrau hat erfahren, daß Rahma-buttergleich hilft sparen!
Rahma MARGARINE buttergleich
Beim Einkauf von Rahma-buttergleich verlange man gratis die Kinder-Zeitung „Der kleine Koch"

ymbol der Reinheit!



Wir haben unseren guten Grund gehabt, auf jedem Paket den „Schwan", das Symbol der Reinheit, abzubilden, weil „Schwan im Blauband" das Reinste und Hygienischste auf diesem Gebiet darstellt.



Wenn Sie sich selbst davon überzeugen wollen, dass wir dieses erreicht haben, so kaufen Sie ein Paket der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband". Sie werden erstaunt sein über die Fülle ihrer guten Eigenschaften.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.

Schwan im Blauband

frisch gekirnt

Patentbüro für In- und Ausland
Ingenieur Karl Haller
Betzdorf
Telefon 387 — Schillerstr. 11
Sprechstunden auch in Siegen jeden Donnerstag nachm. von 3—6 Uhr, Bahnhofstr. 26. (Hutmeister.)

Die Hochspannungsleitung
Heggen-Dünschede
wurde heute unter
Spannung v. 10 000 Volt
gesetzt. Vor dem Erklettern der Masten wird **gewarnt**
Olpe, den 28. Nov.
Listerkraftwerk.

Zwangs-Versteigerung

Am **Sonnabend**, dem 29. Nov. 1924 nachm. 1,30 Uhr werde ich in Olpe im Schwanensaal
1 Bücherschrank, 1 Schreibtisch mit Aufsatz, etwa 63 verschiedene Damenhüte, 1 Schrank, 1 Stuhl, 1 Ladenbüffet,
öffentlich meistbietend gegen bar verkaufen.
Olpe, den 27. Nov. 1924.
Rottmann,
O.-Gerichtsvollzieher.

Wegen Erkrankung des jetzigen sucht für sofort ein braves
Mädchen
Frau Bernhard Frerichmann, Olpe.

Tüchtiger
Elektriker
von hiesigem größerem Unternehmen sofort gesucht.
Näheres zu erfahren in der Geschäftsstelle d. Bls.

Strebsame Leute
finden lohnende Beschäftigung. Zuschriften an „Merkur", Leipzig-Anger, Krönerstr. 16.

Alle Sorten
Schuhwaren
in großer Auswahl hat billig abzugeben.
Aug. Hähner,
Schuhmacher, Wenden,
Wohnung bei Adolf Stahl.

Ia. sächsische Zwiebeln
pr. Zentner 11 Mk.
Ia. Tiroler Tafeläpfel
pr. Zentner 15 Mk.
Wilh. Brauneis,
Olpe.

---

1 Jagdhund
zugelaufen.
Farbe weiß-gelb. Gegen Erstattung der Unkosten abzuholen bei
Fritz Belke,
Oberveischede.

---

1 Fahrkalb
Dezember kalbend und
2 Mutterschafe
zu verkaufen.
Gasthof zur Brücke,
Drolshagen.

Fettes Schwein
gegen sofortige Kasse zu kaufen gesucht.
Zu erfahren unter Nr. 3991 in der Geschäftsstelle dis. Bls.

Musikinstrumenten-Spezialhaus
Karl Horn, Siegen,
liefert nur Qualitätswaren. Kataloge frei. Fernruf 1173

Geldbörse
mit Inhalt im Saal gefunden worden.
Hotel Kaiserhof, Olpe.

Krätzurgan beseitigt schnell unauffäll., mild, unschädl. Jucken u. fast alle Hautleid.
Drog. Frerichmann,
Olpe. Auch Versd.

Gundka-Schreibmaschine
39,— Mk.
mit normal breitem Wagen, 84 Schriftzeichen.
1 Jahr schriftliche Garantie.
Ein Wunderwerk d. Technik.
Lieferung gegen Nachnahme, bei Vorauszahlung 2% Skonto
Heribert Busch,
G. m. b. H., Bochum
Schließfach 210.

Warum zögern Sie noch

in einem reellen Geschäft Kredit in Anspruch zu nehmen? Tausende und aber Tausende, selbst die sog. besseren Kreise sind heute nicht in der Lage, bar zu bezahlen und machen Gebrauch von unserer sozialen Einrichtung:

Verkauf bei leichter An- und Abzahlung

Sie finden bei uns in großer Auswahl:

Blusen, Röcke, Jumper, Kleider, Hosen und dergleichen	schon mit einer Anzahlung von	**3** Mk. an
Knaben-Anzüge, Lodenjoppen, Manchesterjoppen, Regenmäntel	schon mit einer Anzahlung von	**5** Mk. an
Herren- u. Burschenanzüge, Mäntel, Sportanzüge, Cutaways, Ulster	schon mit einer Anzahlung von	**10** Mk. an
Damen- u. Backfisch-Mäntel, Kostüme, elegante Kleider	schon mit einer Anzahlung von	**10** Mk. an

Silberpfennig

Siegen, Marburger Straße 55
— Stammhaus gegründet 1897. —

Sonntag, 30. Nov. ist unser Geschäft von 2—6 Uhr geöffnet.

Ich bitte höflichst, zum Kauf einen Ausweis mitzubringen.

Ich bitte höflichst, zum Kauf einen Ausweis mitzubringen.

Wir kaufen laufend:
Fichtenschleif- und Bauholz
sowie dazu geeignete
Waldbestände
und erbitten Angebote w209
Gebr. Gastreich, Saalhausen (Westf.)
Fernruf: Kirchhundem Nr. 55.

Gute Bücher

— unterhaltend — belehrend — bildend —

Große Auswahl

in der
Buchhandlung F. X. Ruegenberg,
— Olpe, Bahnhofstraße. —

Lederfett in Dosen **Tran** in Flaschen **Gamaschen**
C. Joseph Harnischmacher : - : Olpe.



Henkel's Bleich- u. Waschmittel
gibt schneeweiße Wäsche
spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche
Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Einige 1000 Weihnachtsbäume

bis 2.50 Mtr. hoch gegen Barzahlung aus erster Hand zu kaufen gesucht.
Ausführliche Angebote unter E. T. 36538 an die Annonc.-Exped. Friedr. Schatz, Duisburg.

Jackie Coogan
das Wunderkind
Sonntag u. Montag
in den
Kaiserhof-Lichtspielen.

Städtisches Schauspielhaus Hagen i. W.

Freitag, den 28. Nov., 7.30—10.15 Uhr: Geschlossene Vorstellung für den Bühnen-Volksbund, Gruppe A. „Der Evangelimann" Oper in 2 Akten von Wilh. Kienzl. Musikal. Leitung: Hans Werner. Spielleitung: Alexander Spring.
Samstag, den 29. Nov., 6—8.45 Uhr: Erstaufführung: „Der gefesselte Kater". Volksmärchen in 4 Akten. Spielleitung: Rodolf Platte Musikal. Leitung: Hans Bernstein. Bühnenbild: Egon Wilden. Tanzregie: Elsa Kahl.
Sonntag, den 30. Nov., 7.30—10.30 Uhr: In gänzlich neuer Ausstattung: „Hoffmanns Erzählungen", phantastische Oper in 3 Bildern, von Jules Barbier Musik von Jacques Offenbach. Musikal. Leitung: Dr. Fritz Berend. Spielleitung: Intendant Richard Dornseiff Bühnenbild: Egon Wilden.

Reelle leistungsfähige Samenhandlung sucht überall zuverlässige
Vertreter
für den Verkauf von Sämereien zur Frühjahrslieferung an Landwirte und Gartenbesitzer gegen hohe Provision Off. unter 3987 an die Geschäftsst. dis. Bls.



Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz

Sonntag, den 30. Nov. nachm. 5 Uhr
Konzert
(Streichmusik)
unter Mitwirkung des bekannten Geigensolisten K. Böhmer, Düsseldorf, im
Hotel Dickgräve,
Grevenbrück.

Turn-Verein :: Olpe.
Turnstunden:

Turnerinnen:	Dienstags	8¼ — 10 Uhr
Turner:	Freitags	8¼ — 10 Uhr
Zöglinge:	Mittwochs	8¼ — 10 Uhr

in der Turnhalle des Lehrerseminars.